

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; zuzü die Zeit bezogen monatlich 2 Mk., vierteljährlich 6 Mk. — Verteilungsangelegenheiten werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Edoard Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Postfach in Bochum, Westfälischer Str. 23-22, Telefon-Nr. 98 a. 89, Zeitungs-Abt.: Altkamp 10/11.

Unabhängige Gewerkschaftspolitik.

Was haben die Fragen der Schichtzeit, des Lohnes, der Knappschaftspensionen mit der parteipolitischen oder religiösen Bestimmung des Bergarbeiters zu tun? Gar nichts!

Laufendmal ist hier geschrieben und ist in Versammlungen gesagt worden, daß der Hunger allen weh tut, gleichgültig ob der Arbeiter sich zu einer kirchlich-konfessionellen Gemeinschaft schließt oder nicht, ob er Zentrumsmann, Sozialdemokrat oder Deutschkonservativer ist. Vor dem Hunger und dem Tode sind alle gleich. Und da der Bergarbeiterverband die Aufgabe hat, die wirtschaftlichen Interessen der Bergarbeiter im weitesten Umfange zu fördern, den Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens zu verbessern, so darf diese gewerkschaftliche Organisation sich nicht um die parteipolitische oder religiöse Bestimmung ihrer Mitglieder kümmern, sondern muß sich in dieser Hinsicht völlig neutral verhalten, da sonst die Verbandsziele nicht erreicht werden können!

Dieser Standpunkt ist auch längst im Verbandsstatut zum Ausdruck gekommen. Nicht ohne Widerspruch einer Minderheit, aber es geschah; und die einstigen Opponenten fanden sich damit ab, weil sie doch einsehen, daß man eine gewerkschaftliche Organisation nicht zum Kummelohr parteipolitischer und religiöser Streitigkeiten machen dürfe. Die Werkbesitzer tun das mit ihren Verbänden auch nicht.

Gegen Schluß des Krieges und hauptsächlich nach dem November 1918 sind aber immer wieder Versuche gemacht worden, den Bergarbeiterverband von seinem parteipolitisch und religiös neutralen Standpunkt abzubringen. Die großen Massen der neuen Mitglieder wissen ja auch nicht, welche inneren Kämpfe den „alten Verband“ in seiner Jugend erschütterten, wie er aus dieser Sturm- und Drangzeit nur herauskommen konnte, indem er es jedem einzelnen Mitgliede überließ, sich außerhalb des Verbandes nach Belieben parteipolitisch und religiös zu betätigen. Daß wir dieselben oder ähnliche Streitigkeiten über Parteipolitik innerhalb des Verbandes, die heute unsere Mitglieder beunruhigen, schon zweimal, um die Jahre 1890 und 1905 herum, durchzumachen hatten, das wissen viele zehntausende unserer jetzigen Mitglieder nicht. Sie glauben daher, es handle sich jetzt um etwas „ganz Neues“.

Neu ist die Geschichte durchaus nicht. Eben weil unser Verband unter den damaligen Streitigkeiten schwer gelitten hat, wurde dann keine gewerkschaftliche Neutralität oder Unabhängigkeit gegenüber allen parteipolitischen und religiösen Gruppen deutlich zum Ausdruck gebracht. Wer aus der Vergangenheit lernen kann, der muß energisch dafür sorgen, daß diese Unabhängigkeit bestehen bleibt.

Wo kommen wir hin, wenn wir bulden, daß sich eine „Opposition“ organisiert, die sich in allem, was sie tut oder läßt, von parteipolitischen Ansichten leiten läßt? Hier herlangt eine Gruppe, der Verband solle „kommunistisch“ sein, dort die andere will ihn „syndikalistisch“ machen, die dritte möchte ihn als Anhängel der „U. S. D.“ haben, die vierte verweist sich auf „Regierungssozialismus“, die fünfte Gruppe empfiehlt uns

eine „konservative Haltung“, die sechste möchte Vorträge für den „Austritt aus der Kirche“ in den Jahreshauptversammlungen haben, worauf sich die siebente Gruppe für „positiv christliche Politik“ erklärt usw. Wo kommen wir hin, wenn wir diesen Zerstückelungsarbeiten nicht entschlossen Halt gebieten! Denn auf Zersplitterung der Organisation läuft das alles hinaus, ob bewusst oder unbewußt, ist im Grunde gleichgültig.

Man muß angesichts der aufgeregten Zeitläufte manches Vorkommnis milder beurteilen, als dies sonst geschehen ist. Aber nun sind wir doch wieder so weit, daß wir es allen unseren Mitgliedern zur strengen Pflicht machen müssen, den Bergarbeiterverband nicht als eine parteipolitische Vereinigung zu betrachten. Parteipolitik zu treiben ist Sache der politischen Parteigruppen, nicht Aufgabe einer gewerkschaftlichen Organisation, die darauf angewiesen ist Kameraden der verschiedensten parteipolitischen und religiösen Meinungen in sich aufzunehmen, wenn sie mächtig und einflußreich im Wirtschaftsleben sein will. Wer dem entgegenarbeitet, zersplittert und schwächt so die wirtschaftliche Macht der Arbeiter.

Der Begriff der „gewerkschaftlichen Neutralität“ wird vielfach falsch ausgelegt. Sagen wir darum: gewerkschaftliche Unabhängigkeit! Das wird verständlicher sein.

Unser Verband ist und muß bleiben unabhängig von allen politischen und religiösen Parteien. Er läßt sich weder von „rechts“ noch von „links“ sein Tun und Lassen vorbestimmen. Seine Weisungen laßt er nach gewissenhafter Prüfung aller Umstände und Möglichkeiten, ohne zu fragen, ob diese den „Konservativen“ oder den „Revolutionären“ gefällt.

Daraus folgt auch ohne weiteres, daß unser Verband unabhängig von jeder Regierung ist, mag sie der „Rechten“, der „Mitte“ oder der „Linken“ angehören! Der Bergarbeiterverband kann weder eine „Regierungshilfsgruppe“, noch ein „Stoßtrupp“ gegen die Regierung sein. Als wirtschaftliche Berufsvereinigung hat der Verband auch unter dem früheren Regierungssystem seine Beschlüsse und Forderungen stets abgewiesen nach der Möglichkeit ihrer praktischen Verwirklichung. Und so, nicht anders, verhalten wir uns auch unter dem neuen Regierungssystem. Der Bergarbeiterverband hat seinen Daseinszweck angegeben, wenn er aus irgendwelchen parteipolitischen Gründen „grundtätige Opposition“ treibt. Diese Aufgabe müssen wir den parteipolitischen Vereinen überlassen, denen sich anzuschließen jedem Verbandsmitgliede ja freisteht.

Nur wenn wir diese neutrale, unabhängige Gewerkschaftspolitik konsequent verfolgen, uns als Verband von keiner politischen oder religiösen Partei ins Schlepptau nehmen lassen, nur dann können wir sicher sein, die großen gewerkschaftlichen Aufgaben unseres Verbandes zu erfüllen. Wer dagegen handelt, zersplittert die Bergarbeiter zur Freude des Kapitals.

tariffreuerung für den rhein.-westf. Steinkohlenbergbau.

Stützend dem Bechensverband in Essen und den der Zentralarbeitsgemeinschaft angehörenden gewerkschaftlichen Organisationen der im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter ist am 2. Februar der Tarifvertrag erneuert worden. Die Bestimmungen über den Geltungsbereich, die Arbeitszeit, Ueberstunden, Ueberstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit sind unverändert geblieben. Die Schichtdauer des Urlaubs ist von 6 auf 9 Tage heraufgesetzt worden und wird allen mindestens 17 Jahre alten Arbeitern gewährt.

Voraussetzung für die Gewährung des Urlaubs ist eine einjährige, ununterbrochene Beschäftigung auf einer Kohlenzeche und eine sechsmonatige ununterbrochene Beschäftigung auf derselben Zeche seit der letzten Anlegung. Unter Fortzahlung des Lohnes einschließlich Kindergeld werden gewährt bei einjähriger Beschäftigung 3 Arbeitstage, bei zweijähriger 4, bei dreijähriger 5, bei vierjähriger 6, bei fünfjähriger 7, bei sechsjähriger 8, bei siebenjähriger und längerer Beschäftigung 9 Arbeitstage, wobei jedoch die Beschäftigungszeit im Alter von weniger als 16 Jahren nicht mitzählt.

Die Vertreter der Bergarbeiterverbände haben gefordert, daß die Arbeiter unter 17 Jahren unter gleichen Bedingungen gleichen Urlaub erhalten sollten, wie die über 17 Jahre alten Arbeiter. Das lehnten die Vertreter der Werke jedoch entschieden ab. Nur mit Mühe konnten die Vertreter der Bergarbeiterverbände die Gewährung des urlaubsfähigen Alters von 18 auf 17 Jahre erreichen. Wir halten den Standpunkt der Werkvertreter in dieser Frage für äußerst kurzfristig und hoffen, daß es bei der nächsten Tarifreuerung gelingen wird, allen Arbeitern unter gleichen Bedingungen gleichen Urlaub zu sichern.

Das neue Urlaubsjahr beginnt am 1. Juli 1920. Für das Urlaubsjahr 1920-21 werden mit Rücksicht auf die Kohlennot die 6 Tage überschreitenden Urlaubstage als solche nicht gewährt, doch wird für diese Tage neben dem Arbeitslohn die tarifmäßige Urlaubvergütung gezahlt.

Das Kindergeld ist von 20 Pf. auf 1 Mk. pro Schicht für jedes erwerbsfähige Kind unter 14 Jahren erhöht worden. Im übrigen sind die Bestimmungen über die Höhe unverändert geblieben, lediglich die Lohnsätze wurden erhöht. Ebenso sind unverändert geblieben die Bestimmungen über die Lohnzahlungsstermine, Gezähe, Gemeinute, Reparaturen, Sprengstoffe, Beförderung von Hausbrandkohlen, Arbeitsnachweise, Entlassungen, Werkwohnungen, die allgemeinen Bestimmungen, Schlichtung von Streitfällen und das Verhältnis zu den Tarifen anderer Gewerke. Die Vertragsdauer des Tarifs ist für die Zeit vom 1. Februar bis 30. April festgesetzt und er kann erstmalig am 1. Mai zum 31. Mai 1920 durch eingeschriebenen Brief gekündigt

werden. Die Lohnordnung kann jedoch unabhängig hiervon in gleicher Weise und mit gleicher Frist zum Monatschluß gekündigt werden. Die erste Kündigung kann danach schon am 1. März 1920 erfolgen.

Allen über 20 Jahre alten Arbeitern über und unter Tage wird vom 1. Februar ab eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 8 Mk., den jüngeren Arbeitern eine entsprechend geringere Lohnerhöhung gewährt. Außerdem erhalten die Arbeiter unter Tage ohne Rücksicht auf das Alter eine Sonderzulage von 3 Mk. pro Schicht. Gauer, Lehrhauer und Schleppler im Gedinge erhalten einen Grundlohn von 17 Mk. Die Grundlage für den Lohn der Gedingearbeiter bildet der im November 1919 auf der einzelnen Schichtanlage erzielte Durchschnittslohn der betr. Gedingearbeiter zuzüglich 11 Mk., worin die Sonderzulage von 3 Mk. einbegriffen ist. Dieser Durchschnittslohn der einzelnen Schichtanlage darf für die Dauer der Gültigkeit dieser Lohnordnung bei normaler Leistung nicht unterschritten werden.

Die Lohnordnung überläßt die Schichtlöhner unter Tage in 42, die über Tage an der Hängebank, Verladung und Platz in 17, die im Maschinen-, Kessel-, Werkstätten- und Baubetrieb in 27, die in Koker-, Nebenproduktanlagen sowie Leerddestillation in 19, die in der Breitschiffahrt in 4, die im Ziegels- und Steinbruchbetrieb in 3, die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren in familiären Betrieben in 2 Gruppen. Weibliche Arbeiter erhalten 66% Prozent der Gruppe und Altersklasse. Die in der Lohnordnung festgesetzten Löhne dürfen auf den höchsten Randzügen um 5 bezw. 7% Prozent unterschritten werden. Der ganze Tarifvertrag kann durch unseren Verband zum Preise von 50 Pf. bezogen werden.

Wird Verhandlungsmatage waren notwendig, um diesen Tarifvertrag abzuschließen. Die Verhandlungen begannen am 15. Januar und kamen am 2. Februar nachts gegen 12 Uhr zum Abschluß. An den Schlussverhandlungen nahmen der Regierungskommissar Sebering als Vertreter des Reichsarbeitsministers und der Regierungsrat Dr. Bodenstein als Vertreter des Reichsstaatskanzlers teil. Am 4. Februar nahm auch eine Konferenz der Bezirkskommissionen unseres Verbandes für das Ruhrgebiet zum Abschluß des Tarifvertrags Stellung. Nach beinahe fünfständiger Aussprache wurde folgende Entscheidung mit allen gegen vier Stimmen angenommen:

Die heutige Konferenz der Bezirkskommissionen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Ruhrgebiet nimmt den Tarifabmachungen im allgemeinen trotz der noch anstehenden Mängel zu. Die Konferenz erwartet, aber, daß bei den bereits vereinbarten Verhandlungen bezüglich der übrigen Randzügen und dem Deputatankommen für Invaliden Verbesserungen durchgeführt werden. Desgleichen fordert die Konferenz Verdrückung der noch unentschieden Forderungen bei den nächsten Tarifverhandlungen.

Dem ist nicht an einem Tage erbaut werden. Ebensovientig ist es möglich auf einen Anheiß einen Tarifvertrag zu schaffen der allen Wünschen entspricht. Dieses Ziel kann überhaupt nur

erreicht werden, wenn die Menschen fortgeschrittener und vollkommener sind. Immerhin haben die Vertreter der Arbeiterorganisationen alles daran gesetzt, den Tarifvertrag auch unter den obwaltenden Umständen schon so vollkommen wie möglich zu gestalten. Was jetzt in dieser Beziehung nicht erreicht werden konnte, muß bei kommenden Gelegenheiten nachgeholt werden. Das ist ja eben das Wesen der Gewerkschaftsarbeit, daß sie äche und unermüdetlich einen Stein zum anderen fügt, bis das Bauwerk kolidend ist. Was nicht ist und noch nicht werden konnte, das wird und muß werden, wenn wir mit vereinter Kraft weiterstreben.

Arbeiterinnen und Jugendliche im Bergbau.

In der amtlichen Statistik über die Bergarbeiterlöhne in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens, die bis jetzt einschließend 3. Vierteljahr 1919 vorliegt, wird der Anteil der einzelnen Arbeiterklassen an der Gesamtbeschäftigung in Verhältniszahlen angegeben. Wenn man diese Verhältniszahlen in absolute Zahlen umrechnet, dann waren in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens im 2. Viertel 1914 bis 1919 und im 3. Viertel 1919 Arbeiterinnen beschäftigt:

	2. 1914	2. 1915	2. 1916	2. 1917	2. 1918	2. 1919	3. 1919
Aufgräber	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1919
Oberhelfer	7680	14690	17102	2202	2802	7842	
Niederhelfer	5755	7574	12512	13964	14989	13008	13772
Saargruben	240	411	1286	1763	1996	1640	1510
Sachsen-Stebler	—	—	—	993	1000	52	68
Sachsen-Stebler	—	—	—	247	481	125	137
Niederb. Steinkohlenbergb.	—	—	220	678	747	318	361
Saarländ. Steinkohlenbergb.	504	1267	4324	5411	57	5496	5844
Sächs. Steinkohlenbergb.	—	—	82	220	1016	164	164
Sächs. Steinkohlenbergb.	13	23	37	293	434	162	173
Sächs. Steinkohlenbergb.	1	45	764	465	632	178	184
Sächs. Steinkohlenbergb.	—	—	113	2994	3220	2478	290
Sächs. Steinkohlenbergb.	7	217	354	524	611	346	275
Sächs. Steinkohlenbergb.	260	268	44	285	481	594	597
Sächs. Steinkohlenbergb.	25	40	74	85	76	46	46
Sächs. Steinkohlenbergb.	121	133	235	322	371	116	111
Sächs. Steinkohlenbergb.	68	63	71	103	144	127	126

Zusammen 7206 10223 11029 14630 17525 33501 30716

Gegen das 2. Viertel 1918 ist danach die Zahl der Arbeiterinnen in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens um 16 839 zurückgegangen, dagegen ist sie immer noch um 23 511 höher, wie im 2. Viertel 1914. Immerhin ist sie seit dem 2. Viertel 1918 stark zurückgegangen. Wenn die Entwicklung so weiter geht, werden wir in absehbarer Zeit der Friedenstand wieder erreicht haben. Nur in Oberhelfer ist von einem Abbau der Drahtarbeit auf den Gruben noch nicht viel zu merken.

Wenn man die Zahl der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren in der gleichen Weise wie die der Arbeiterinnen nach der amtlichen Statistik ermittelt, dann ergibt sich in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens je im 2. Viertel 1914 bis 1919 und im 3. Viertel 1919 folgendes Bild:

	2. 1914	2. 1915	2. 1916	2. 1917	2. 1918	2. 1919	3. 1919
Aufgräber	15397	19257	12745	22651	19723	19427	21302
Oberhelfer	7383	9257	8566	7761	7268	8491	8563
Niederhelfer	965	1266	1412	1295	1194	1269	1236
Saargruben	1322	2175	5299	6277	3008	2604	2621
Sachsen-Stebler	580	656	859	751	729	640	642
Niederb. Steinkohlenbergb.	580	607	955	773	933	894	910
Saarländ. Steinkohlenbergb.	1735	1663	1227	1769	1545	1678	1804
Sächs. Steinkohlenbergb.	640	780	881	797	773	1043	1001
Sächs. Steinkohlenbergb.	155	246	376	404	361	329	325
Sächs. Steinkohlenbergb.	171	178	264	350	318	351	351
Sächs. Steinkohlenbergb.	758	928	972	931	794	614	585
Sächs. Steinkohlenbergb.	300	237	242	250	200	191	179
Sächs. Steinkohlenbergb.	945	1012	1129	651	800	578	527
Sächs. Steinkohlenbergb.	373	438	379	385	460	531	330
Sächs. Steinkohlenbergb.	287	283	321	299	375	36	86
Sächs. Steinkohlenbergb.	77	93	106	104	95	103	86

Zusammen 31290 39654 44524 43151 38603 33748 40425

Setzt man dem 2. Viertel 1916 ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter danach um 4099 zurückgegangen, sie war aber im 3. Viertel 1919 immer noch um 9135 höher, wie im 2. Viertel 1914.

Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter gestaltete sich der absolute und prozentuale Anteil der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens aufzunehmengenermen wie folgt:

	Arbeitszahl insgesamt	Arbeiterinnen absolut in Proz.	Jugendliche Arbeiter absolut in Proz.
2. Vierteljahr 1914:	767 177	7 265	0,94
2. " 1915:	533 307	10 223	1,92
2. " 1916:	567 724	31 010	5,46
2. " 1917:	577 282	27 563	4,76
2. " 1918:	598 732	40 842	6,82
2. " 1919:	628 406	45 629	7,28
2. " 1919:	632 062	44 522	7,05
2. " 1917:	653 258	45 880	7,02
2. " 1918:	675 544	45 556	6,74
2. " 1918:	646 378	47 565	7,36
2. " 1918:	618 550	44 546	7,20
2. " 1918:	621 798	40 472	6,51
2. " 1919:	748 920	37 159	4,95
2. " 1919:	748 818	38 971	5,21
2. " 1919:	785 076	30 716	3,91

Die Zahl der Arbeiterinnen ist danach bis zum 2. Viertel 1917 ununterbrochen stark gestiegen, dann trat zunächst ein Stillstand ein; im 2. Viertel 1918 hatte die Zahl der Arbeiterinnen den Höhepunkt erreicht und sprang seitdem recht erheblich. Das liegt hauptsächlich an der unzureichenden Entlohnung, wie sich aus unserer Zusammenstellung der Löhne in Nr. 4 der Bergarbeiter-Zeitung ergibt. Die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter sind vor, während und nach dem Krieg immer am niedrigsten bezahlt worden. Soweit sie andere Gewerke

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Neue Erhöhungen der Kohlen-, Koks- und Brissetpreise.

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Vollwirtschaftliche Rundschau

Wie kann man das Existenzminimum berechnen?

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Rundschau

Kohlenkapital aus Verbrauchers Tasche?

Wirtschaftliche Rundschau

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Einheitsorganisation für das gesamte Baugewerbe.

Der Deutsche Bauarbeiterverband plant die Schaffung einer Einheitsorganisation für das gesamte Baugewerbe. Er fasst unter Wahrung der Eigenart der vorhandenen Vereine folgende Richtlinien vor:

Der Erkenntnis, daß der Arbeiterschaft aus dem wirtschaftlichen und sozialen Aufbau des Deutschen Reichs gewaltige Aufgaben erwachsen, die die einzelnen Handwerke nicht erfüllen können, schließt sich die Zentralverbände der baugetrieblichen Hand- und Kapparbeit zu einem Deutschen Baugewerksbund.

Der Baugewerksbund gliedert sich in die Hand- und Kapparbeit in Fachabteilungen (Sektionen). Verwandte Berufe bilden gemeinsam eine Sektion. Alle in einem Orte oder einem abgegrenzten Bezirk vorhandenen Sektionen bilden zusammen einen Verein: die Baugewerkschaft. Die Ortsämter der Sektionen bilden den Vorstand der Baugewerkschaft. Alle Sektionen des gleichen Bezirkes bilden je eine Reichssection und deren Führer zusammen den Bundesvorstand.

Jede Baugewerkschaft hat einen Vereinsausschuß zur Beratung des Vereinsvorstandes und zur Überwachung der Vereinsverwaltung. Der Bundesvorstand ist ein Ausschuss aus Abgeordneten, der aus Mitgliedern aller Sektionen und möglichst allen Handwerken besteht.

Jede Reichssection hält alle Jahre eine Vertreterversammlung, der Bund alle drei Jahre einen Bundeskongress ab. Die Abgeordneten zum Bundeskongress werden von den Vertreterversammlungen der Reichssectionen gewählt.

Der Baugewerksbund soll die beruflich-wirtschaftliche Vertretung aller baugetrieblichen Hand- und Kapparbeit sein. Er hat alle bisherigen und noch notwendig werdenden Kampfmaßnahmen und Unterstützungsleistungen zusammenzufassen und zu vervollständigen.

Als wichtigste neue Aufgabe wird ihm zugewiesen die Förderung der Sozialsetzung der Baubetriebe und des gesamten Bau- und Wohnungswesens. Die Baugewerkschaften sollen Hilfsstellen der Sozialsetzung sein und sozialisierte Betriebe mit Rat und Tat unterstützen. Der Bundesvorstand soll zu diesem Zweck Forschungs- und Vertrauensmänner einrichten sowie alle Aufgaben erfüllen, die über die einzelnen Baugewerkschaft hinausgehen, auch in sozialistischen Kreisen in Gang zu setzen, wo die Hilfe der Gemeinden verweigert wird und wo die Unterstützung einzelner Baugewerkschaften nicht ausreicht.

Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben sollen die Beiträge, die jetzt von den meisten baugetrieblichen Verbänden erhoben werden, nicht ausbleiben. Auch da nicht, wo neben den eigentlichen Verbandbeiträgen besondere Beiträge für die Verwaltung der Vereine erhoben werden. Das letztere wird auch fernerhin zweckmäßig sein, schon aus dem Grunde, um den Baugewerkschaften die größtmögliche Selbstständigkeit zu geben. Auch wird es richtig sein, daß die Baugewerkschaften einen im Verhältnis zum Bundesbeitrag höheren Beitrag erheben als jetzt die Vereine (z. B. 10 Pfennig) im Verhältnis zu den Verbandbeiträgen. Schließlich ist in Rechnung zu stellen, daß bei der jetzigen Geldverwertung und des kaum zu erhoffenden Rücklaufs auf den alten Stand die Höhe der Beiträge und Erwerbslosenunterstützung wohl vergrößert werden müssen. Im übrigen wird die Beitragsgestaltung ja davon abhängen, ob und wieviel Stoffbeiträge man festsetzen will.

Als Reichssectionen dürfen zunächst ins Auge zu fassen sein:

- 1. Bauarbeiter: Architekten, Ingenieure, Techniker, Köhler, Schichtmeister, Werkmeister.
2. Arbeiter: Zugschaffner in Hoch- und Tiefbau (Straßen, Eisenbahnen, Kanäle, Tunnel, Schächte usw.).
3. Bauhilfsarbeiter: Arbeiter in Zementwerken, Zementwerken, Ton und Ziegelfabriken, Steinbrüchen und Steinbrüchen.
4. Steinbauer, Steinsetzer (Fliesenleger und Mauerer) und Mauerer.
5. Maurer: a) Block-, Stein- und Betonmauer (auch Ruher und Fuger) im Hoch- und Tiefbau; b) Fachmauer aller Art (Stützpfeiler, Giebel, Weichbinder, Korbler usw.), Zementmörtel, Fliesenleger, Steinholz und Terrazzoarbeiter, Fliesenleger; c) Fliesenarbeit zur Unterhaltung und Herstellung der Baugewerkschaft.
6. Installateure für Heizung, Licht und Wasser.
7. Zimmerer, Gerüstbauer, Tischler und sonstige Holzarbeiter.
8. Schreiner und Tischlermeister.
9. Maler und Anstreicher.

Der Zentralverband der Baugewerkschaften hat sich bereits auf seinem Verbandstag im vorigen Jahre in Frankfurt a. M. im Prinzip für die Schaffung eines großen, einheitlichen Bauarbeiterverbandes ausgesprochen. Begrüßt in der 'Wergarbeiter-Zeitung' diese Richtlinie und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die Vorarbeiten des geplanten Verbandes recht bald zu einem günstigen Abschluß gebracht werden mögen.

Eisenbahner und Mordarbeit.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat zu dem abgelaufenen Teil des Tarifvertrages und der Wiedereröffnung der Mordarbeit folgende Entschlüsse angenommen:

Der erweiterte Vorstand nimmt demnach an, daß der jetzt abgelaufene Teil des Tarifvertrages, wenn auch der Lohnsatz nicht in allen Teilen voll befriedigend ist, und erwartet werden muß, daß vorhandene Ungleichheiten und Fehler durch spätere Verhandlungen beseitigt werden, so anerkennt der Vorstand doch die Arbeit der Tarifberatungskommission, die sie mit großer Energie unter den schwierigsten Umständen und wiederholten Entlassungen zu vollenden imstande war. Dem engsten Vorstand wird die Ermächtigung zur Unterzeichnung des abgelaufenen Tarifvertrages erteilt. Zur Wiedereröffnung der Mordarbeit gibt der erweiterte Vorstand folgende Erklärung ab:

Die Abschaffung der Mordarbeit war eine der ersten und bedeutendsten Errungenschaften der gewerkschaftlichen Organisation der Eisenbahner, und es muß nach wie vor daran festgehalten werden, daß die Mord- oder Stücklohnarbeit für die Eisenbahnarbeiter unangelegentlich und nicht zu empfehlen ist. Ein Tarifsystem, wie es auch gestaltet sein mag, wird nicht nur einen Teil der Arbeiterschaft und auch nur vorübergehend befriedigen, und es wird die Ursache anbauender Differenzen zwischen Arbeiter und Verwaltung bilden, aber nie zu einer gerechten Lohnverteilung führen. Der erweiterte Vorstand behauptet aus diesem Grunde, daß eine herabsetzende Errungenschaft der Organisation nach kurzer Zeit wieder verloren geht. Der Verlust ist um so mehr zu beklagen, weil er die Folge der Disziplinlosigkeit und der unheilvollen Folge von unterentwickelter Seite ist, die dazu führt, daß trotz fleißiger Arbeit und Mithierleistung des größten Teiles der Kollegen die Leistungen der Werkstätten derart zurückgehen und die Verwaltung die Begründung liefert, eine Anzahl Werkstätten wegen Unrentabilität zu schließen.

Ohne seinen grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben, jedoch im Hinblick auf die außerordentlichen Schwierigkeiten in denen sich unser Verband befindet, und in dem Bestreben, die Wiedereröffnung unseres Tarifsystems nach den Kräfte mitzuwirken, billigt der Vorstand die Erklärung der Tarifberatungskommission vom 25. Januar, wo nach sie bereit ist, auch über ein Tarifsystem mit der preussischen Eisenbahnerverwaltung zu verhandeln. Dabei spricht der Vorstand ausdrücklich die Erwartung aus, daß es den beteiligten Kräfte nach Entschluß des vollen Ausschusses aller Kollegen gelingen wird, die als Notmaßnahme eingeführte Mordarbeit baldmöglichst wieder und endgültig zu beseitigen.

Spartakus als erster vor den geschlossenen Eisenbahnwerstätten.

Bestimmlich sind die Eisenbahnwerstätten geschlossen worden, weil ihre Unrentabilität sich nicht mehr verantworten ließ. Zu ihrer Wiedereröffnung hat nun der Minister für öffentliche Arbeiten seinen am 31. Januar in der preussischen Landesversammlung u. a. ausgesprochen. Der Grund, daß ein Tarifsystem eingeführt wird, nicht ist und außer Frage. Jeder mittelmächtige bezahlte Arbeiter kann bei normaler Arbeit auf den Tariflohn kommen. Auf Kriegsbeschädigte wird besondere Rücksicht genommen. Ein leichtverfügbares System soll unter Mitwirkung der Arbeiterschaft eingeführt werden. Auch bei Reparaturen ist das Tarifsystem durchaus durchführbar. Die Ausgaben für die Werkstätten sind ungenügend gering. Im Jahre 1919 kosteten sie 62 Millionen, im Jahre 1918 200 Millionen, 1918 schon 825 Millionen und im Jahre 1919 werden sie 255 Millionen kosten. Davon kommen 1100 Millionen auf Höhe und 1755 auf Material. Entweder wurde Material und Werkzeug in Höhe von 5 Millionen. Im Dezember mußten 1700 Eisenbahnbedienstete wegen Diebstahl festgenommen werden. Weiter sind auch treue Beamte bei der Verfolgung von Dieben zu Schaden gekommen. In den Werkstätten haben die Vorgesetzten vielfach aus Bequemlichkeit und aus Furcht vor Bedrohung die Ägeln schleifen lassen. Dagegen wird eingeschritten werden, ebenso wie gegen diejenigen, die die Arbeit behindern wollen. Im Grunde mußten zwei Beamte entlassen werden, weil sie die Arbeiter außer Acht ließen. Man muß arbeiten, damit die Regierung geholfen würde. Gegen solche Beamten werden wir mit aller Entschiedenheit vorgehen. Es darf nicht

unausgesetzt polittisiert, es muß in den Werkstätten gearbeitet werden. Seit der Schließung haben sich mehr Arbeiter zur Arbeit gemeldet, als wir einstellen können. Auch hier zeigt sich wieder, daß diejenigen, die die Arbeiter verurteilt hatten, sich zuerst wieder gemeldet haben. (Lebhaftes Gähnen, Lachen) Besonders in Breslau waren die Radikalen als die ersten zur Stelle. Es ist so wie in Berlin, wo, als die Werkstätten wieder geöffnet wurden nach dem Streik, Spartakus als erster vor den Türen stand.

Die alte Erscheinung: die größten Maulhelden sind, sobald sie auf Widerstand stoßen, die ersten, die auf Solidarität drücken. Welche sich über kann; mag der Nebenmann zusehen, wo er bleibt, was und ist ihr oberster Grundsatz, sofern überhaupt von Grundsätzen bei ihnen die Rede sein kann. Wann endlich werden alle Arbeiter lernen, die Maulhelden nach ihrem todsüchtigen Werte einzuschätzen?

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Rohstoffförderung im Ruhrgebiet.

Table with 5 columns: Year, Coal production (Tons), Iron production (Tons), Steel production (Tons), and other metrics. Rows include 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930.

Die Reichsstatistik im November und Dezember sind nicht angegeben, wir dürfen aber annehmen, daß sie am Jahresabschluss weit über 100 Millionen betragen hat, also etwa 10% höher als im Jahresabschluss. Demgegenüber erregt die Zunahme der arbeitstägigen Förderung von 248 912 auf 265 550 Tonnen aus dem Jahr zu dem Jahr, wenn man die in diesen eingetragenen Spitzenergebnisse von 8 auf 7 Stunden herab rechnet. Wie erheben immer wieder Einsprüche gegen die Aufschätzung der Lage an den Bergarbeitern, daß die Förderung nicht mehr steigt. Man gebe auch gründlich der von zahlreichen Vereinen erhobenen Beschwerde, die die Betriebsleitungen nicht die nötige Interesse an der Erhöhung der Förderung, nach der von den Eisenbahnen nicht zureichende Abwicklung hat die Förderung in über 1 Millionen Tonnen vermindert, eine Menge, die unter Volkswirtschaft empfindlich ist. Manches berechnete Menge der Förderung wegen mangelnder Veranlassung mit Arbeitsmitteln, die nicht auf diesen Förderungsfall zurückzuführen, weil er unter Kaufkraft im Vergleich zu anderen, nur durch Streitigkeiten im Jahre 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930.

Stein- und Braunkohlenförderung Deutschlands.

Table with 4 columns: Year, Coal production (Tons), Iron production (Tons), Steel production (Tons), and other metrics. Rows include 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930.

Die Monate November und Dezember haben weniger Arbeitstage wie der Oktober, daher der Fördererfolg. Im allgemeinen ist die deutsche Braunkohlenförderung nun höher wie vor dem Krieg. Die Förderung ist auch fast gestiegen.

Deutsches Kohlenlohn.

Durch den Generalstreik ist Deutschland reich von fast allen seinen äußeren Kohlenbezirken rüchellos abgekoppelt worden. Die heimischen Kohlenbezirke gehören nun zu Tschechoslowakei, die galizisch-ukrainischen zu Polen. Der Bedarf Deutschlands ist von der Ritterschloß-Kohlenkommission (eine Entente-Kommission) auf monatlich 30 000 T. Braunkohle und 116 000 T. Steinkohle festgesetzt worden. Um wenigstens die Hälfte des Bedarfs zu decken, sollen die Tschechen 22 000 T. Braunkohle und 40 000 T. Steinkohle, die Polen 5000 T. Braunkohle und 1700 T. Steinkohle, die Russen 20 000 T. Steinkohle liefern. Die Unterlieferung ist aber so viel geringer, daß die Kohlennot eine lebensgefährliche Höhe erreicht hat.

Frankreichs Kohlenverorgung.

Die französische und belgische Kohlenförderung sowie die Kohlenzufuhr nach Frankreich haben im Jahre 1919 in den einzelnen Monaten betragen (in Tonnen):

Table with 4 columns: Month, French production (Tons), Belgian production (Tons), and other metrics. Rows include January, February, March, April, May, June, July, August, September, October, November, December.

Die französische Kohlenförderung betrug 1919: 40 660 000 T. Ausgeführt wurden 1 011 113, eingeführt dagegen 15 747 712 T. Die Einfuhr übertrifft also die Ausfuhr um 14 069 599 T. Frankreichs Kohlenverbrauch betrug mitteln 54 623 599 T. Seine Kohlenförderung betrug 1917: 26 929 000, 1918: 26 822 000, 1919: 15 587 843 T. Der Rückgang der Kohlenförderung ist also außerordentlich stark. In der Rhein-Westf. Ztg. vom 8. Februar werden die Ursachen für diesen Rückgang folgende Gründe angegeben:

1. Durch den Rückgang der Arbeiterzahl in den Kohlenbergwerken. Die zum Beschäftigen eingeengten Arbeiter konnten sich nach und nach entlassen werden. Die einen sind zu ihrer früheren Beschäftigung zurückgekehrt, die anderen nicht, wobei andere sind mit Aufbaumensarbeiten

beschäftigt, ein weiterer Teil hat in anderen Betrieben, die keine Bergwerke sind, Lohnende Beschäftigung gefunden. Die Kriegsgewinnler, die während des Krieges in den Gruben wertvolle Geschäftsbetriebe festhielten, wurden bei Einstellung der Betriebsstätten nach den zerlumpten Gruben geschickt, um bei den Aufbaumensarbeiten beschäftigt zu sein. Die auf diese Weise den Aufbaumensarbeiten entzogenen Kräfte konnten durch eine Umstellung nicht weitgemacht werden, da am Ende des Krieges nur die jüngsten Leute (keine Bergarbeiter) noch unter den Jahren standen.

2. Durch die mindertätige gewordene tägliche Leistung der Bergwerksarbeiter. Während 1913 ein Bergarbeiter eine tägliche Leistung von 295 Kilogramm aufzuweisen hatte, ging sie im Jahre 1918 bis auf 175 kg. zurück, um im letzten Berichtsjahre noch weiter zu sinken. Ferner durch das Gesetz Durafort, wonach die unter Tage beschäftigten Bergleute 2 Stunden und die über Tage arbeitenden 1 Stunde weniger arbeiten. Außerdem ist der Rückgang nicht zu unterschätzen, daß die bunte zusammengewürfelte Belegschaft zurückzuführen. Ferner wird festgestellt, daß die tägliche Arbeitsleistung eines Bergmanns nicht mehr diejenige ist wie vor 20 Jahren.

3. Durch die Bergarbeiterstreiks im Juni bis Juli.

4. Durch die Transportkrisis. Man war oft gezwungen, die gesamte Belegschaft fern zu lassen, weil keine Waggonen zur Verfügung gestellt werden konnten, aber weil Mangel an Platz war, die geförderten Kohlen zu lagern.

Internationale Rundschau.

Zur gelegentlichen Festlegung des Achtundzestages.

Nachdem seit dem Erlaß des Reichsgesetzes für wirtschaftliche Demobilisierung vom 23. November 1918 die Arbeitszeit für gewerbliche Arbeiter und Angestellte allgemein auf höchstens acht Stunden festgesetzt worden ist, ist es nun nicht als ein Jahr verstrichen und man kann sagen, daß der Achtundzestage für Industrie und Gewerbe als allgemein durchgesetzt ist. Wo diese achtstündige Arbeitszeit überschritten werden mußte, geschah es in vereinzelten unermesslichen Ausnahmefällen, für die eine entsprechende Beschäftigung notwendig war. Es ist aber anzunehmen, daß diese Ausnahmen selten sein werden.

Jetzt hat die internationale Arbeiterversammlung in Washington die internationale Achtundzestage beschlossen. Auch in anderen Ländern werden die Achtundzestage nach dieser Richtung hin schon erheblich vorgeschritten, indem ihre Leute in diese Sache immer noch an der Spitze zu markieren, denn, wie wir hören, ist die endgültige gesetzliche Festlegung des Achtundzestages bei uns schon vor längerer Zeit in Aussicht genommen worden.

Ueber die Bergarbeiterlöhne in Großbritannien.

modien die Bergarbeiterführer Smillie und Gwynne in der Februar 1919 von der Regierung eingesetzten Kommission zur Prüfung der Bergarbeiterlöhne (Royal Commission on the Wages of Miners) eine Anzahl, die unter anderem unter anderem: Der durchschnittliche Jahreslohn eines Bergarbeiters betrug im Jahre 1918 rund 2 Pfund Sterling (10 Mark) betrug und sei im Jahre 1919 auf 10 Pfund Sterling (50 Mark) gestiegen. Die Kommission hat dem Reichstag am 10. März 1919 einen Bericht über die Bergarbeiterlöhne in Großbritannien vorgelegt. Die Kommission hat festgestellt, daß der durchschnittliche Jahreslohn eines Bergarbeiters im Jahre 1918 rund 2 Pfund Sterling (10 Mark) betrug und sei im Jahre 1919 auf 10 Pfund Sterling (50 Mark) gestiegen. Die Kommission hat dem Reichstag am 10. März 1919 einen Bericht über die Bergarbeiterlöhne in Großbritannien vorgelegt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Überbergwerksbezirk Dortmund.

Eugen Schöred.

Der demokratische Journalist und einer der besten Führer des Ruhrbergwerksbezirks, Eugen Schöred, im Alter von fast 72 Jahren in Essen gestorben. Eugen Schöred war ein Mann, der die Erinnerung an die Bergarbeiterbewegung in die Erinnerung rufen. Es gab keinen demokratischen Journalisten, der so sehr für die Bergarbeiter kämpfte, der ihnen sein Blut, den letzten Tropfen seines Lebens opferte. Eugen Schöred war ein Mann, der die Erinnerung an die Bergarbeiterbewegung in die Erinnerung rufen. Es gab keinen demokratischen Journalisten, der so sehr für die Bergarbeiter kämpfte, der ihnen sein Blut, den letzten Tropfen seines Lebens opferte. Eugen Schöred war ein Mann, der die Erinnerung an die Bergarbeiterbewegung in die Erinnerung rufen. Es gab keinen demokratischen Journalisten, der so sehr für die Bergarbeiter kämpfte, der ihnen sein Blut, den letzten Tropfen seines Lebens opferte.

Mitbestimmung heißt Mitverantwortung.

Im Betriebsrätegesetz, welches am 13. Januar 1920 von der Nationalversammlung in dritter Lesung angenommen wurde, werden als Aufgaben der Betriebsräte bestimmt: 1. Die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer des Betriebes dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen. 2. Den Arbeitgeber in der Erfüllung der Betriebszwecke zu unterstützen. Die Betriebsräte erhalten demnach also eine erhebliche Mitbestimmung und damit auch eine erhebliche Mitverantwortung. Darüber müssen wir uns klar sein. Ebenfalls auch darüber, daß die Mitverantwortung mitunter recht schwer sein kann. Diese Mitverantwortung wird sehr bald in vielfacher Weise an uns heranrücken. Augenblicklich geschieht es besonders eindringlich in Gestalt der unrenten Kohlen.

Schon in der Sitzung des Reichs-Kohlenrats vom 22. November 1919 haben Vertreter der Eisenbahn einbringliche Klagen über die Entlohnungen und Entlassungen geäußert, die im Eisenbahnbetrieb durch die unrenten Kohlen verursacht werden. Der Reichs-Kohlenrat ist dazu gezwungen, weil die ganze, auf gemeinschaftlicher Grundlage organisierte Kohlenindustrie seiner Leitung untersteht. Es wurde dann eine Kommission gebildet, welche die Ursache der unrenten Kohle an Ort und Stelle untersuchen und Mittel und Wege zu ihrer Beseitigung beraten soll. Die Arbeiterorganisationen haben unseren Redakteur Wagner als Vertreter in diese Kommission bestimmt. Die Kommission hat nun getagt und sich dahin geäußert, daß auf den für die Eisenbahn liefernden Bechen Befragungen und Ausfragen mit Arbeitern und Betriebsräten und Sachverständigen vorgegangen werden sollen. Zu diesem Zweck wurden noch vier Unterkommissionen gebildet. Ferner hat man sich geeinigt, eine Konferenz der Vertreter der Betriebsräte und Sachverständigen aller in Betracht kommenden Bechen einzuberufen, in welcher Vertreter der Eisenbahn die durch unrenten Kohle im Eisenbahnbetrieb verursachte Notlage schildern sollten. Die Aufgabe hierüber sollte dann hauptsächlich bei den Befragungen auf den Bechen erledigt werden. Diese Konferenz hat am 2. Februar im holländischen Soalbau in Essen stattgefunden. Die durch die unrenten Kohlen verursachte Notlage der Eisenbahn wurde demnach von den Vertretern der Betriebsräte eingehend geschildert. Daran schloß sich eine sehr lebige Debatte. Schließlich war man sich darin einig, daß mit gegenwertigen

